

Der Geist eines Volkes, sein kulturelles Niveau,
seine gesellschaftliche Struktur, seine Taten,
für die die Politik möglicherweise den Boden
bereitet – all dies und mehr lässt sich aus der
Geschichte seiner Fiskalpolitik ablesen.
Joseph A. Schumpeter

**Erfolgsmodell Österreich:
Den Staat reformieren! Den Bürger entlasten!**

Karl-Heinz Grasser

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrter Herr Vizekanzler, werte Regierungskolleginnen und -kollegen, Hohes Haus!

Wir stehen am Anfang einer neuen Legislaturperiode. Das Doppelbudget für die Jahre 2003 und 2004, das ich Ihnen heute vorlege, ist ein Zukunftsbudget, ein Reformbudget und ein entlastendes Budget. Wir werden mit diesem Budget in die Zukunft unseres Landes investieren, wir werden Reformen zur nachhaltigen Sicherung unserer Sozialsysteme umsetzen, wir werden die Verwaltungsreform fortsetzen und wir werden die Steuerbelastung deutlich senken. Nur das ist der richtige Weg, um einen wirtschaftlichen Aufschwung aus eigener Kraft zu schaffen.

Weltwirtschaft: Erst bei Gegenwind zeigt sich die Standfestigkeit

Das wirtschaftliche Umfeld stellt für die Budgeterstellung eine große Herausforderung dar – aber erst bei Gegenwind zeigt sich die Standfestigkeit.

Führen wir uns einige der Ereignisse mit bedeutenden Auswirkungen auf die weltwirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre vor Augen: auf der sicherheitspolitischen Seite der grauenhafte Terroranschlag des 11. September 2001, der daraufhin folgende weltweite Kampf gegen den Terrorismus, der Krieg in Afghanistan und im Irak und auf der wirtschaftspolitischen Seite massive Vertrauensverluste der Investoren und Anleger durch Buchhaltungsskandale à la Enron. All das hat tiefe Spuren in der Weltwirtschaft hinterlassen. Hohe Rohölpreise, dramatische Einbrüche auf den Aktienmärkten und steigende Arbeitslosigkeit haben in den letzten zwei Jahren Investoren und Konsumenten verunsichert.

In den USA wirkt zwar die Geld- und Fiskalpolitik expansiv, dafür baut sich dort ein vor allem mittelfristig problematisches Doppeldefizit in Staatshaushalt und Leistungsbilanz auf. Japan findet nicht aus der Deflation heraus und Europa kämpft mit seinen strukturellen Problemen. Dabei ist die Arbeitsmarktstarrheit die Achilles-Ferse des alten Kontinents. Das aktuelle Wirtschaftswachstum bleibt angesichts dieser Entwicklungen in allen Mitgliedstaaten dieser Triade deutlich unter dem längerfristigen Trend.

Gegenwärtig gibt es nur wenige Wachstumspole in der Weltwirtschaft: China, Indien, Thailand, also „Emerging Asia“, Russland – und erfreulicherweise auch Osteuropa, mit dem

Österreich mittlerweile bereits 17,5% seines gesamten Exports abwickelt. Und es ist sehr klar, dass diese Länder auch in den kommenden Jahren ein überdurchschnittliches Wachstum aufweisen werden.

Mittlerweile hat das rasche Kriegsende im Irak zu deutlich niedrigeren Erdölpreisen und einem gewissen Optimismus an den Börsen geführt. Alleine der Rückgang der Erdölpreise um rund 10 US-Dollar seit Ende des Irak-Krieges sollte die Weltwirtschaft in diesem Jahr um einen halben Prozentpunkt rascher wachsen lassen. Auch dauert der internationale Konjunkturabschwung mittlerweile schon fast drei Jahre – ein ungewöhnlich langer Zeitraum für eine Konjunkturschwäche. Die Chancen für einen baldigen Aufschwung sollten daher steigen. Dennoch bleibt die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Weltkonjunktur hoch. Der weltwirtschaftliche Rahmen ist nach wie vor fragil.

Wir leben in Österreich nicht auf einer "Insel der Seligen". Dennoch ist ein Zuviel an Pessimismus unangebracht. Denn Österreich hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt. Wir können daher mit Selbstvertrauen und einem realistischen Optimismus in die Zukunft blicken. Wenn wir aber dieses Potential für einen Aufschwung und damit mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätze heben wollen, dann ist gerade jetzt Gemeinsamkeit gefragt. Meine Damen und Herren, Wirtschaft ist vor allem auch eine Frage der Psychologie. Und daher sollten wir alle in diesem Hohen Haus an die Repräsentanten der Gewerkschaft appellieren: Beendet eure Streiks gegen die Regierung! Beschädigt nicht die gute wirtschaftliche Basis, die wir uns erarbeitet haben! Es ist unverantwortlich, den Unternehmern und den Arbeitnehmern unseres Landes in einer schwierigen Situation zu schaden. Kehren Sie zum Dialog und an den Verhandlungstisch zurück!

Hohes Haus!

Wenn die USA, Japan und Europa in einen Konjunkturabschwung geraten, dann bleibt natürlich auch Österreich davon nicht verschont. Das heimische Wirtschaftswachstum entwickelte sich seit dem letzten Hochkonjunkturjahr 2000 deutlich schwächer, als von den Wirtschaftsforschern erwartet. Der Zeitpunkt des prognostizierten Aufschwungs hat sich immer wieder verzögert. Dies hat die Lage auf dem Arbeitsmarkt belastet und die Einhaltung der Budgetziele erschwert.

Dennoch – und das möchte ich betonen - hat die Bundesregierung den kleinen nationalen Spielraum, der der Wirtschaftspolitik in einer globalisierten Welt verbleibt, genutzt, um

vernünftige Impulse und Anreize zu setzen. Nicht durch große, schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme, sondern durch strukturell sinnvolle Konjunkturprogramme.

Bereits zu Beginn des konjunkturellen Abschwungs haben wir im Herbst 2001 das erste Konjunkturpaket verabschiedet. Damit konnten wir Schwerpunkte für Forschung und Entwicklung, für Ausbildungs- und Höherqualifizierungsmaßnahmen setzen und Unternehmensgründungen erleichtern. Ein Jahr später haben wir mit der Umsetzung des zweiten Konjunkturpaketes weitere Wachstums- und Beschäftigungsimpulse für die Jugendbeschäftigung und für Investitionen gegeben. Beide Konjunkturpakete entlasten die Wirtschaft heuer und in den Folgejahren nachhaltig um mehr als 500 Mio. Euro und stellen damit eine wichtige Belebung der Konjunktur dar.

Schließlich war es nach der Hochwasserkatastrophe im letzten Jahr sehr wichtig, rasch und unbürokratisch ein Hilfs- und Wiederaufbauprogramm mit einem Volumen von gut 1 Mrd. Euro ins Leben zu rufen.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um mich bei den Österreicherinnen und Österreichern und bei den vielen Hilfsorganisationen für ihre große, ja man kann sagen wirklich sensationelle Spendenbereitschaft für die Opfer der Flutkatastrophe zu bedanken. Bedanken möchte ich mich auch bei den Ländern und Gemeinden für die gute Zusammenarbeit bei der Abwicklung der Hilfsprogramme. Bisher wurden 210 Mio. Euro an Zuschüssen ausgezahlt und es konnte damit rund 30.000 Familien geholfen werden. Im Notfall stehen wir zusammen! Die Initiative wurde auch von allen Fraktionen des Hohen Hauses unterstützt. Das ist Österreich! Das ist gelebte Solidarität!

Hervorragende Ausgangsposition für diese Legislaturperiode

Hohes Haus!

Trotz der schwierigen internationalen Rahmenbedingungen, aber gerade weil wir die richtigen Reformen eingeleitet und gegengesteuert haben, halte ich fest, dass Österreich

- mit 4,1 % die drittniedrigste Arbeitslosenrate in der Europäischen Union und eine Rekordbeschäftigung von zuletzt 3.155.000 Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 2002 aufweist,
- mit einem Pro-Kopf-Sozialprodukt von 26.700 Euro den EU-Durchschnitt um knapp 15 % übertrifft,

- sowohl 2002 als auch 2003 rascher wächst als die Euro-Zone und deutlich rascher als beispielsweise Deutschland, Italien, die Niederlande oder die Schweiz,
- mit 1,7 % die drittniedrigste Inflationsrate in der Europäischen Union hat,
- die Exportleistungen unserer Unternehmungen im Vorjahr mit 113 Mrd. Euro einen Rekordwert erreichten,
- das Exportwachstum mit 4,1 % deutlich über dem Wert der Eurozone von nur 2,4 % lag,
- die Handelsbilanz erstmals seit Bestehen der Zweiten Republik einen Überschuss von 3,5 Mrd. Euro erbrachte,
- die Leistungsbilanz mit 1,6 Mrd. Euro bzw. 0,7 % des BIP erstmals seit dem Jahr 1990 einen Überschuss auswies und
- mit knapp 28.000 neu gegründeten Unternehmen im letzten Jahr wiederum ein Rekordwert erreicht wurde.

Meine Damen und Herren! Das ist wirklich eine hervorragende Leistungsbilanz in einer schwierigen wirtschaftlichen Zeit. Ich möchte daher den tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Unternehmerinnen und Unternehmern ganz herzlich danken und Ihnen zu diesen herausragenden Leistungen gratulieren. So schnell macht uns das niemand nach.

Hohes Haus!

Die heimischen Wirtschaftsforscher gehen zur Zeit davon aus, dass das Wirtschaftswachstum in der ersten Jahreshälfte 2003 noch schwach bleibt. Für die zweite Jahreshälfte wird allerdings wiederum ein leichter Konjunkturaufschwung erwartet, der sich dann im Jahr 2004 deutlich beschleunigen sollte. Bei der Erstellung dieses Doppelbudgets 2003 und 2004 nehmen wir an, dass – entsprechend der Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung - Österreich heuer ein Wachstum von 1,1 Prozent real bzw. 2,4 Prozent nominell und im nächsten Jahr ein deutlich höheres Wachstum von 1,7 Prozent real bzw. 3,5 Prozent nominell erreichen wird. Dies ist vorsichtig geplant. Die Wirtschaftsprognosen des Instituts für Höhere Studien, des IWF und der OECD liegen vor allem für das Jahr 2004 deutlich höher.

Meine Damen und Herren!

Die Österreicherinnen und Österreicher wissen, dass nur eine leistungsstarke Wirtschaft Wohlstand und Arbeit schaffen und erhalten kann. Das bedeutet, dass wir unsere Wirtschaftspolitik an den Prinzipien der wirtschaftlichen Freiheit, der Leistung, des Wettbewerbs, der Nachhaltigkeit, aber natürlich auch an der sozialen Verantwortung

orientieren. Nur eine starke Wirtschaft sichert den sozialen Zusammenhalt auf Dauer. Denn – um mit F. A. von Hayek zu sprechen – "es ist eine grundlegende Illusion des Sozialismus, dass sich Armut durch Umverteilung des vorhandenen Wohlstands beseitigen läßt".

Wer Armut wirksam bekämpfen will - und wir wollen das - , der muss unsere Unternehmen von Fesseln und Belastungen befreien und ein Klima schaffen, in dem sich Leistung für den Einzelnen wieder lohnt. Wir wollen daher weniger Staatseinfluss und mehr Markt. Wir wollen weniger Bürokratie und mehr Freiheit für den Einzelnen. Wir wollen weniger Arbeitslose und mehr Beschäftigung. Wir wollen eine nachhaltige Steuerentlastung und damit mehr Chancen für Österreich!

Da sich unsere Politik an liberalen und sozialen Grundsätzen orientiert und Reformen rasch umsetzt, hat sich die Attraktivität des Standorts Österreich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Im World Competitiveness Scoreboard waren wir 1999 auf Platz 18 – inzwischen sind wir auf Platz 13 vorgerückt. Im Institutional Investor lagen wir 1999 auf Platz 16 – jetzt nehmen wir Platz 9 ein. Und im Ranking der EU-Strukturindikatoren belegen wir bereits den beachtlichen 5. Platz.

Man sieht, wir haben viel erreicht! Österreich ist gut gerüstet, aber wir wollen noch mehr: Die Bundesregierung hat vor Kurzem eine Offensive gestartet, damit Österreich unter die drei besten Standorte in Europa aufsteigen kann. Wir haben also ein klares Ziel! Wir wollen TOP-3-Wirtschafts- und Arbeitsstandort in Europa werden. Weil wir wissen, dass Standortvorteile mehr Investitionen bringen. Investitionen sind Arbeitsplätze, Arbeitsplätze sind Einkommen, und Einkommen bedeuten Sicherheit und Lebenschancen für die Österreicherinnen und Österreicher.

Ein ausgeglichener Haushalt über den Konjunkturzyklus garantiert höheres Wachstum, mehr Beschäftigung und niedrigere Arbeitslosigkeit

Hohes Haus!

Ein Eckpfeiler der österreichischen Wirtschaftspolitik ist die stabilitätsorientierte Budgetpolitik. Eine grundvernünftige Budgetpolitik, die sich mit dem ausgeglichenen Haushalt über den Konjunkturzyklus ein sehr ambitioniertes Ziel gesetzt hat. Wir wollten für die Bevölkerung nachvollziehbar und überprüfbar sein. Wir haben vor allem die Staatsausgaben reduziert und trotz schwieriger konjunktureller Lage erstmals seit mehr als 30 Jahren das Nulldefizit erreicht.

Diese Politik ist notwendig, sie ist erfolgreich, wir werden sie auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Man hat uns vielfach vorgeworfen, die Budgetkonsolidierung, das Nulldefizit, vor allem durch höhere Einnahmen erreicht zu haben. Aber wie sieht es wirklich aus?

Vergleichen wir die Jahre 1999 und 2002. Bei meinem Amtsantritt als Finanzminister im Februar 2000 musste ich ein gesamtstaatliches Defizit von 2,3 % aus dem Jahr 1999 übernehmen. Die Abgabenquote lag damals bei 44,4 % des BIP. Trotz sehr schwacher konjunktureller Entwicklung konnten wir im Jahr 2002 das Defizit mit nur 0,6% des BIP relativ niedrig halten. Das heißt, wir haben das Defizit in diesen 3 Jahren um 1,7 Prozentpunkte reduziert. Die Abgabenquote betrug im letzten Jahr 44,6 %, ist also nur geringfügig um 0,2 Prozentpunkte angestiegen.

Damit ist klar, dass 1,5 Prozentpunkte - und damit der bei weitem überwiegende Teil der Defizitverbesserung - auf die ausgabenseitige Sanierung des Bundeshaushalts zurückzuführen ist.

Entgegen den Beispielen anderer Länder und entgegen den zahlreichen Vorschlägen der Opposition hat die Bundesregierung den Kurs der stabilitäts- und reformorientierten Wirtschaftspolitik nie verlassen. Diese transparente und mutige Politik hat uns wirtschaftspolitisch Anerkennung gebracht – beim Internationalen Währungsfonds, bei der OECD, bei der EU-Kommission, bei internationalen Ratingagenturen, bei den Finanzmärkten, vor allem aber bei der österreichischen Bevölkerung. Die Österreicherinnen und Österreicher haben nämlich ganz klar erkannt, dass diese seriöse und stabilitätsorientierte Finanzpolitik für unser Land wichtig ist. Weil sie wissen, dass solide Staatsfinanzen, die notwendige Voraussetzung einer nachhaltigen und sozial gerechten Wirtschaftspolitik sind.

Jeder Haushalt, jedes Unternehmen hat eine Budgetbeschränkung. Niemand kann auf Dauer mehr ausgeben als einnehmen. Das gilt auch für den Staat! Dauerhafte Defizite – dies hat sich immer wieder gezeigt - führen

- zu höheren Staatsschulden,
- zu höheren Zinsen auf die Staatsschuld,
- zu höheren Steuern,
- zu weniger Investitionen,
- zu langsamerem Strukturwandel,
- zu geringerer internationaler Wettbewerbsfähigkeit und

damit letztlich zu geringerem Wirtschaftswachstum bei steigender Arbeitslosigkeit.

Das ist das Modell der rot/grünen Koalition in Deutschland. Genau das Gegenteil aber ist unser Ziel. Wir wollen mehr Investitionen, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. Ein über den Zyklus ausgeglichenes Budget (das Nulldefizit) ist daher kein numerisches Dogma, sondern ein grundvernünftiges wirtschaftspolitisches Konzept. Mit dem heute vorgelegten Doppelbudget werden wir diesen Weg mit aller Konsequenz weitergehen.

Hohes Haus!

Der Entwurf für den Bundesvoranschlag 2003 und 2004 sieht Einnahmen in der Höhe von 57,5 Mrd. Euro bzw. 59,1 Mrd. Euro und Ausgaben in der Höhe von 61,5 Mrd. Euro bzw. 62,6 Mrd. Euro vor. Das Maastrichtdefizit des Bundes wird heuer 3,95 Mrd. Euro bzw. 1,8% des BIP und im kommenden Jahr 3,28 Mrd. Euro bzw. 1,4% des BIP betragen. Bei Ländern, Städten und Gemeinden gehen wir im Sinne des innerösterreichischen Stabilitätspaktes 2003 von Gebarungsüberschüssen von 0,5% bzw. 2004 von 0,7% des BIP aus.

Das für die Finanz- und Wirtschaftspolitik relevante und wichtige gesamtstaatliche Defizit beträgt daher heuer 1,3% und im kommenden Jahr 0,7% des BIP.

An dieser Stelle möchte ich betonen, dass in einer schwächeren konjunkturellen Phase, wie sie derzeit gegeben ist, Defizite im Staatshaushalt durchaus sinnvoll sind. Denn sie entstehen in erster Linie durch höhere Ausgaben für die steigende Zahl der Arbeitslosen und die geringeren Steuerleistungen der Betriebe. Diese Defizite stabilisieren vorübergehend die Konsum- und Investitionsnachfrage, ohne dass sie langfristig zu einem Anstieg der Staatsverschuldung führen. Entscheidend ist hierbei allerdings, dass Defiziten in schwacher Konjunktur Überschüsse in guten Zeiten folgen. Und genau das ist auch der Unterschied zwischen der Defizitpolitik der letzten 30 Jahre und der von uns erreichten, neuen stabilitätsorientierten Finanzpolitik.

Österreich hält mit seiner Fiskalpolitik mittlerweile aber auch jedem internationalen Vergleich Stand. Unser gesamtstaatliches Defizit von 1,3% des BIP heuer liegt deutlich unter der des EU-Durchschnitts von 2,3% und das wird auch nächstes Jahr so bleiben. Deutschland, Frankreich, Portugal und wahrscheinlich auch Italien weisen heuer ein übermäßiges Defizit auf und verletzen damit die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. In den drei erstgenannten Ländern sind trotz hoher Defizite die Arbeitslosenraten weit höher und stärker ansteigend als in Österreich! Insgesamt erhöhen diese Länder 2003 ihren Schuldenstand um über 100 Mrd. Euro!

Auch daran erkennt man: Es war gut, dass wir rechtzeitig eine Wende in der Finanzpolitik erreicht haben. Ein verlässlicher Weg. Jeder weiß woran er ist. Und - es zahlt sich aus für Österreich!

In die Zukunft investieren, Wachstum erhöhen

Hohes Haus!

Wenn man die Ausgabenseite der vorgelegten Budgets für die Jahre 2003 und 2004 näher betrachtet, dann spiegeln sich darin zwei Schwerpunkte der Regierung:

- Erstens, wir wollen passive Ausgabenkategorien, wie etwa Verwaltungskosten, Subventionen und Zinszahlungen verringern und
- zweitens, wir wollen zukunftsorientierte Ausgaben, wie etwa für Ausbildung, Forschung und Entwicklung sowie für Infrastruktur erhöhen.

Dahinter steht das Faktum, dass die richtige Prioritätensetzung bei der Verwendung öffentlicher Mittel mitentscheidend dafür ist, dass die langfristigen Wachstumschancen unseres Landes verbessert werden können.

Österreich braucht – wie dies der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung betont hat – helle Köpfe. Mit dem Übergang von der hierarchisch-strukturierten Industrie- zur vernetzt-strukturierten Informationsgesellschaft entstehen völlig veränderte Anforderungen an die Qualifikationsmuster unserer Gesellschaft. Die Stärkung von Bildung und Ausbildung, die Stärkung von Wissenschaft und Forschung ist uns daher ein großes Anliegen. An deren Quantität, aber noch viel mehr an deren Qualität entscheidet sich unser aller volkswirtschaftlicher Wohlstand und auch individuelle Schicksale und Lebensmuster. Wir müssen daher eine Politik verfolgen, die das Angebot für Bildung und Ausbildung laufend verbessert. Freiheit und Eigenverantwortung bedeuten, dass die Menschen diese Chancen selber nützen müssen. Unsere Aufgabe ist es, diese Chancen zu ermöglichen.

Hier setzt das vorliegende Budget klare Prioritäten! Wir sehen für den BVA 2003 über 8,2 Mrd. Euro für Bildung und Wissenschaft vor. 2004 werden diese Ausgaben sogar auf über 9 Mrd. Euro steigen. Im Jahre 1999 waren dies noch bescheidene 7,5 Mrd. Die Ausgaben für Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen werden sich zwischen 1999 und 2004 fast verdoppeln. Durch ein bereits jetzt für die Jahre 2004 bis 2006 gesetzlich festgelegtes Budget

für die Universitäten besteht mittelfristig hohe Planungssicherheit. Die Ausgaben für die Fachhochschulen erhöhen wir für die beiden kommenden Jahre auf 107 Mio. Euro. Im Vergleich zu 1999 haben wir die Mittel mehr als verdoppelt! Noch nie wurde finanziell so viel für den Bildungs- und Wissenschaftsbereich geleistet wie in diesen Budgets!

Forschung und Entwicklung, das Stimulieren von Innovationen ist für das Wachstum unseres Landes von entscheidender Bedeutung. Daher setzen wir unser Offensivprogramm F&E fort, mit zusätzlichen Ausgaben in den Jahren 2004 bis 2006 von 600 Mio. Euro. Die forschungswirksamen Ausgaben des Bundes werden insgesamt auf 1.560 Mio. Euro im Jahr 2004 steigen. Im Vergleich zu 1999 ist das eine Steigerung um 24%. Erstmals machen wir Ausgaben für zukunftssträchtige Breitbandtechnologien und Studienbeiträge für Berufstätige steuerlich absetzbar. Das alles sind wichtige Impulse. Sie können sicher sein: Wir werden alles tun, um unser ehrgeiziges Ziel, die Forschungsquote auf 2,5 % des BIP anzuheben, auch tatsächlich zu erreichen. Das sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes für mehr Wachstum, für mehr Innovation und für mehr Beschäftigung in Österreich!

Der Ausbau von Straße und Schiene – vor allem auch vor dem Hintergrund der bevorstehenden Osterweiterung - ist uns wichtig. Die Mittel für das hochrangige Straßennetz wurden daher von 658 Mio. Euro im Jahre 1999 auf 1.194 Mio. Euro im Jahre 2003, und 1.319 Mio. Euro im nächsten Jahr angehoben. Natürlich investieren wir auch in die Schiene: Ausgehend von weniger als 900 Mio. Euro im Jahre 1999 werden heuer und nächstes Jahr jeweils mehr als 1,1 Mrd. Euro bereitgestellt. Noch nie wurde für den Bereich Infrastruktur so viel geleistet! Das sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes, für mehr Wachstum, mehr Beschäftigung, bessere Lebensqualität und bessere Umweltbedingungen!

Es gibt aber natürlich noch weitere Schwerpunkte in diesem Bundeshaushalt, die der Bundesregierung ein besonderes Anliegen sind:

- Der Vizekanzler und Sozialminister wird für die behinderten Menschen in Österreich heuer mit 72 Mio. Euro deutlich mehr ausgeben als in den letzten Jahren; außerdem wird das Pflegegeld für besonders pflegebedürftige Personen um 10 Mio. Euro erhöht.
- Wir werden die familienpolitischen Leistungen heuer mit 4,8 Mrd. Euro dotieren! Das Kinderbetreuungsgeld ist ein großer Erfolg. Österreich wird daher auch in Zukunft das familienfreundlichste Land Europas bleiben. Denn: Kinder repräsentieren zwar nur 20% der Bevölkerung, aber sie repräsentieren 100% der Zukunft unseres Landes.
- Wir werden die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit deutlich anheben, um das Ziel von 0,33% des BIP in dieser Legislaturperiode zu erreichen.

- Wir stocken unser Budget für Sport kräftig auf.
- Wir setzen für die Landwirtschaft das im Regierungsprogramm vorgesehene 3 Mrd. Euro Paket voll um. Das ist wichtig um die bodenverbundene, kleinbetriebliche Landwirtschaft und damit die hohe Qualität ihrer Produkte zu erhalten.
- Und wir stocken in den Jahren 2004 bis 2006 die für die Erreichung des Kyoto-Ziels vorgesehenen Budgetmittel um je 30 Mio. Euro (30/60/90 Mio. Euro) auf. Sie sehen, Umweltschutz ist uns wichtig!

Meine Damen und Herrn, das sind Zahlen, die sich sehen lassen können.

Österreich ist ein sicheres Land, und wir sind stolz darauf. So soll es auch bleiben. Wir geben heuer für die innere, äußere Sicherheit und Justiz zusammen rund 4,4 Mrd. Euro aus. Ein offenes Land, in dem Warenexport, Tourismus, ausländische Direktinvestitionen eine wichtige Rolle spielen, hat die Pflicht, in seine Sicherheit zu investieren. Dabei ist eines klar: Die Sicherheit unserer Bürger, unseres Landes kann nicht wenige Meter über dem Boden enden. Wir werden daher den im Regierungsprogramm vorgesehenen Ankauf von Luftraumüberwachungsflugzeugen durchführen. Dabei – das kann ich Ihnen versichern - werden wir mit unseren Vertragspartnern hart und gut verhandeln. Die daraus entstehenden Gegengeschäfte wiederum werden wichtige Impulse für die Forschung und Entwicklung, für die Industrie und für die Klein- und Mittelbetriebe unseres Landes erbringen.

Hohes Haus!

Das Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist Vollbeschäftigung. Denn Vollbeschäftigung ist das beste Mittel für möglichst hohen sozialen Zusammenhalt. Dabei sollte man sich allerdings im Klaren sein, dass nicht die Politik, sondern nur eine funktionierende Wirtschaft Arbeitsplätze auf Dauer schaffen kann. Österreichs Arbeitsmarktdaten sind hervorragend: die Arbeitslosenrate ist die dritt-niedrigste der EU, die Jugendarbeitslosigkeit ist deutlich geringer als im Rest Europas.

Natürlich stimmen wir aber überein, dass jeder Arbeitslose einer zu viel ist.

Wir sind uns der Verantwortung für den Arbeitsmarkt voll bewusst und setzen auf mehreren Handlungsebenen an: aktive Arbeitsmarktpolitik forcieren, Effizienz der Arbeitsvermittlung steigern, kundenfreundliche Strukturen in der Arbeitsmarktpolitik schaffen, arbeitsplatznahe, bedarfsorientierte Qualifizierung fördern und eine Qualifizierungsoffensive für ältere Arbeitnehmer vorantreiben. Wir investieren heuer insgesamt mehr als 4 Mrd. Euro in wichtige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik werden heuer

auf 783 Mio. Euro angehoben – ein absoluter Höchststand in den letzten 10 Jahren und um 25% mehr als 1999. Eine Reform des Arbeitsmarktservice soll sicherstellen, dass noch besser und schneller vermittelt wird. Niemand, der arbeitslos ist, soll künftig im Durchschnitt länger als 90 Tage auf einen neuen Job warten. Über 50jährigen und unter 25jährigen geben wir einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung, wenn innerhalb von 3 Monaten keine Job-Vermittlung gelingt.

Weil wir wissen, dass die Qualifizierung von Arbeitslosen der Schlüssel zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist. Wir können optimistisch sein. Es wird uns die Trendwende am Arbeitsmarkt gelingen!

Hohes Haus!

Die Gesamtausgaben des Bundesbudgets 2003 werden – trotz eindeutiger Schwerpunktsetzungen bei Bildung, Forschung, Infrastruktur, aktiver Arbeitsmarktpolitik, Familie und Sicherheit - mit 61,5 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr um 0,6% abnehmen und im nächsten Jahr nur um 1,8% zunehmen – wesentlich weniger zunehmen jedenfalls als das Wachstum des nominellen BIP. Das Verhältnis der Ausgaben zum Bruttoinlandsprodukt sinkt daher von 28,5% im Jahr 2002 auf 27,7% heuer und auf 27,2% im Jahr 2004. Meine Damen und Herren, damit setzen wir den Weg der ausgabenseitigen Konsolidierung fort, stärken die Qualität der öffentlichen Finanzen und eröffnen gleichzeitig wieder Spielräume für die Zukunft.

Österreich neu denken ist der Schlüssel für steuerliche Entlastung und Belebung der Wirtschaft

Hohes Haus!

Die Österreicherinnen und Österreicher haben ein Recht auf effiziente und zeitgemäße öffentliche Dienstleistungen. Sie sind nicht nur der Souverän dieses Staates, sie sind auch seine Kundschaft.

Daher müssen wir uns eine ganz zentrale Frage stellen: Ist das gegenwärtige Leistungsangebot des Staates das Geld wert, das dafür vom Bürger bezahlt wird? Bekommt der Bürger einen fairen Gegenwert für seine Steuern und Abgaben? Um ehrlich zu sein, ich glaube nein! Grundlegende Verbesserung tut Not!

Gerade in diesem Bereich könnte jetzt die einmalige Chance einer partei-übergreifenden, gemeinsam getragenen Reformkoalition entstehen. Wir werden deshalb den Österreich-

Konvent mit dem Ziel einrichten, den Behördenaufbau zu überprüfen und eine neue Aufgabenteilung zwischen Europäischer Union und Bund, Ländern und Gemeinden in einer Verfassungsreform gemeinsam festzulegen. Bestehende Aufgaben sollen kritisch hinterfragt werden, teure Doppelgleisigkeiten sollen abgeschafft, Prozesse vereinfacht und beschleunigt werden.

Die Aufgaben und Ausgaben der Verwaltung sind immer wieder aufs Neue zu hinterfragen und radikal neu zu beurteilen. Die Bundesregierung hat sich daher für diese Legislaturperiode u.a. vorgenommen

- die mittelbare Bundesverwaltung abzuschaffen,
- die Bezirksverwaltungsbehörden als zentrale, dienstleistungsorientierte Anlaufstellen für die Bevölkerung weiter auszubauen,
- den zweistufigen Instanzenzug strikt umzusetzen und damit Verfahren zu verkürzen,
- die Steuerhoheit der Länder zu stärken und
- 10.000 Planstellen beim Bund abzubauen. Außerdem bin ich überzeugt, dass bei vergleichbaren Anstrengungen wie beim Bund bei Ländern, Städten und Gemeinden weitere 20.000 Dienstposten bis 2006 eingespart werden können.
- Außerdem gilt es die ÖBB grundlegend zu reformieren. Das Motto muss lauten: Weniger Streik, mehr Effizienz und weniger Steuergeld!

Wir werden den Verwaltungsstaat alter Prägung in ein modernes Dienstleistungsunternehmen umwandeln. Meine Damen und Herren! Weg mit dem Speck. Es ist unser Ziel, in dieser Legislaturperiode alleine in der Bundesverwaltung in Summe 3,2 Mrd. Euro einzusparen. Damit wird es uns insgesamt gelingen, die Steuerzahler zu entlasten und die unternehmerischen Kräfte zu befreien.

Sichere Pensionen, Fairness zwischen den Generationen und keine ungedeckten Schecks auf die Zukunft!

Hohes Haus!

Österreich hat eines der besten staatlichen Pensionssysteme der Welt – zugleich aber auch eines der teuersten. Unser Pensionssystem kostet derzeit in Summe etwa 32 Mrd. Euro. Das sind knapp 15% des BIP. Damit sind die Pensionsausgaben in Österreich mit Abstand am höchsten in der gesamten Europäischen Union. Die durchschnittlichen Pensionsausgaben in der Union belaufen sich auf 10,4 % des BIP. Österreich verfügt mittlerweile über die ältesten Studenten und die jüngsten Pensionisten. Das sollte uns zu denken geben.

Lassen sie mich betonen: Wir wollen die erste Säule der staatlichen Altersvorsorge auch für die Zukunft garantieren. Weil das ernst gemeint ist, müssen wir auch deren Finanzierbarkeit sicherstellen. Aus einer Broschüre der Arbeiterkammer Vorarlberg geht hervor, dass wir ohne Pensionssicherungsreform innerhalb der nächsten 40 Jahre - schreibt die AK – die Beiträge um 53 % anheben, die Pensionen um 45 % kürzen oder das Pensionsantrittsalter um 10 Jahre erhöhen müssten (AK Vorarlberg, Pensionsreform, Die Wahrheit ist zumutbar).

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich werden wir keine dieser Maßnahmen setzen. Wir werden diesen Weg nicht gehen! Aber genau deshalb muss eine verantwortungsvolle Bundesregierung jetzt eine große Pensionsreform umsetzen.

Ohne grundlegende Pensionsreform würde sich der über die Versicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hinaus gehende Pensionszuschuss aus dem Budget alleine in dieser Legislaturperiode um 3,2 Mrd. Euro erhöhen – wir schwächen ihn nun auf 2,6 Mrd. Euro ab. Meine Damen und Herren, es gibt keine Alternative zu einer Pensionssicherungsreform. Wir müssen jetzt handeln.

Dabei geht es auch um die Glaubwürdigkeit der Politik. Schon viel zu oft hat man gerade in dieser sensiblen Frage das Vertrauen der Bevölkerung missbraucht. Es geht um die Aufrechterhaltung des Generationenvertrages. Es geht um eine faire Verteilung der Lasten zwischen den Generationen. So wie die Großeltern und Eltern nur das Beste für ihre Enkelkinder und Kinder wollen, genauso müssen wir für die junge Generation handeln. Wir dürfen die jungen Menschen von heute nicht überfordern. Warum sollen sie für die hohen Schulden, die man ihnen hinterlässt, und für unsere Pensionen gerade stehen müssen? Entweder Schulden oder Pensionen, aber nicht beides, meine Damen und Herren! Wir

müssen diese alte Politik der ungedeckten Schecks auf die Zukunft und der Belastung der nächsten Generationen beenden!

Die Pensionsreformkommission, der auch die Sozialpartner angehören, hat ja bereits 3 Jahre lang getagt. Sie hat im wesentlichen Einvernehmen über die Notwendigkeit und über folgende Eckpfeiler der großen Pensionssicherungsreform erzielt:

- die schrittweise Anhebung des Frühpensionsalters auf 65 Jahre bei Männern und 60 Jahre bei Frauen;
- die schrittweise Einführung eines lebenslangen Durchrechnungszeitraums von 40 Jahren;
- der Grundsatz, dass 45 Versicherungs- und Beitragsjahre eine Nettoersatzrate von 80 Prozent der Lebenseinkommenssumme für die Pension garantieren;
- eine verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeiten.

Sehr wichtig für unsere politische Debatte ist natürlich auch: In welchem Zeitraum, mit welchen Übergangsfristen, mit welchen konkreten Schritten kommen wir dorthin? Vor allem, welche Schritte sind den Menschen zumutbar?

Vorgesehen sind nunmehr unter anderem:

- eine 25-jährige Übergangsfrist für die Ausdehnung des Durchrechnungszeitraumes; eine Deckelung der möglichen Durchrechnungsverluste mit 3,5 % bis 2007, mit 7 % bis 2015 und mit 10 % darüber hinaus.
- eine 10-jährige Übergangsfrist für das Auslaufen der Frühpensionen;
- eine 3-jährige Übergangsfrist um mit 45 statt mit 40 Beitragsjahren 80% Pension zu erhalten,
- die Fortschreibung der „Hacklerregelung“ und die Schaffung eines neuen Dauerrechts für besonders schwer arbeitende Berufsgruppen.

Beweis für die soziale Kompetenz dieser Bundesregierung ist auch, dass in bestehende Pensionen nicht eingegriffen wird. Keiner der mehr als 2 Millionen Pensionisten hat etwas zu befürchten: ob Arbeiter, Angestellter, Bauer oder Gewerbetreibender. Wir garantieren diese Pensionen! Das ist unser Verständnis von sozialer Gerechtigkeit.

Die Gleichbehandlung der ASVG-Versicherten und der Beamten ist sicherzustellen. Das Vorgehen der Politik mit gutem Beispiel im Bereich der Politikerpensionen ist unbedingt notwendig. Hier darf es in Zukunft keine Besserstellung in welcher Form auch immer geben. In einem zweiten Schritt wird die Bundesregierung - unter Einbindung der Sozialpartner, der Länder und der Pensionssicherungsreform-Kommission - dem Parlament bis zum 1. Jänner

des nächsten Jahres einen budgetneutralen Entwurf für ein einheitliches Pensionsrecht für alle zuleiten und umsetzen.

Hohes Haus!

Wir wollen das erprobte und bewährte Gesundheitssystem erhalten und verbessern. Die Menschen werden älter, der medizinische Fortschritt steigt, Behandlungen werden besser, aber auch teurer. Zur Zeit ist die nachhaltige Finanzierbarkeit der Krankenversicherung gefährdet. Wir haben daher die Sozialversicherungsträger ermächtigt, von allen Versicherten einen sozial gestalteten Selbstbehalt einzuheben. Außerdem muss die Effizienz und Wirtschaftlichkeit steigen. Nur so können wir die hochstehende medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom Einkommen weiter gewährleisten.

Hohes Haus!

Vertrauen ist ungeheuer wichtig – im gesellschaftlichen, im wirtschaftlichen und im politischen Miteinander. Vertrauen erwirbt man durch Handeln, wenn Handlungsbedarf besteht, und durch Festhalten an den gesteckten Zielen – manchmal auch gegen Widerstände.

Der Bundeskanzler und der Vizekanzler haben die Sozialpartner und Opposition mehrfach eingeladen, an den wichtigen Reformen der Sozialsysteme mitzuarbeiten. Wir alle wissen, dass politische Entscheidungen im Parlament fallen. Dort ist in einer Demokratie der Platz, wo man sich einbringen soll und nicht auf der Straße. Das ist auch eine gute Tradition in Österreich und sollte auch in Zukunft so bleiben.

Gerade weil der Bundesregierung der soziale Frieden ein sehr großes Anliegen ist, möchte ich betonen, dass

- wir, erstens, dem Druck der Straße nicht nachgeben werden und
- ich, zweitens, absolut kein Verständnis für die gestrigen politischen Streiks habe.

Dieser Streik gegen die Bundesregierung hat Österreich schwer geschadet. Mit dem Streik gefährdet die Gewerkschaft selbst Arbeitsplätze und verursacht zusätzliche Unsicherheit in einer wirtschaftlich ohnehin schwierigen Situation. Alleine gestern wurden durch den Streik Verluste an heimischer Wertschöpfung von schätzungsweise 100 Mio. Euro verursacht. Die Gewerkschaft trifft mit den Streiks nicht ihr eigentliches Ziel, die Regierung. Sie trifft die

österreichischen Unternehmen und sie trifft vor allem auch ärmere Menschen, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind!

Im Interesse Österreichs, im Interesse unseres Arbeits- und Wirtschaftsstandortes appelliere ich daher nochmals an die Gewerkschaften: Beenden sie diese Schädigung Österreichs! Arbeiten sie mit und kehren sie an den Verhandlungstisch zurück! Wir reichen Ihnen beide Hände zum Dialog!

Unternehmertum ist Denkkultur und bringt Wohlstand und Beschäftigung! Wir brauchen mehr davon!

Hohes Haus!

Dynamischen Unternehmern ohne vernünftige Rahmenbedingungen ergeht es wie Fischen ohne Wasser. Eine Volkswirtschaft ohne dynamische Unternehmer ist allerdings wie ein Wasser ohne Fische - leblos, und der langsamen Verödung preisgegeben.

Unternehmer sein, selbständig sein, ist eine eigene Kultur. Unternehmerisches Handeln ist immer Handeln unter Unsicherheit. Man nimmt ganz bewusst Risiko in Kauf. Man trifft viele Entscheidungen, von denen man nicht mit Sicherheit weiß, wie sie sich in den nächsten Monaten und Jahren auswirken werden. Nur eine Gesellschaft, die noch willens ist, Risiken in Kauf zu nehmen, kann den Wachstumspfad nach oben beschreiten. Dahinter steht ein unbändiger Optimismus für die Zukunft. Steht eine Einstellung, die Wandel und Veränderung als Chance begreift. Wandel heißt, bereit sein den Status quo in Frage zu stellen, heißt Produkte oder Verfahren mit denen man seit Jahren gut gelebt hat, in Frage zu stellen. Heißt Altes, Bewährtes aufzugeben und Neues, Ungewisses zu wagen. Veränderung muss als gelebte Chance betrachtet werden und nicht als erlittene Bedrohung!

Ich sage das deshalb, weil ich zutiefst überzeugt bin: Wir brauchen in unserem Land mehr unternehmerische, also Chancen-suchende und Chancen-nutzende Kultur. Die Osterweiterung als Chance! Steuersenkungen als Chance für eine große Mittelstandsoffensive! Wettbewerb als Chance auf neue Produkte und Geschäftsfelder! Ein flexibler Arbeitsmarkt als Chance für zusätzliche Beschäftigung! Eine Pensionsreform als Chance für die nächste Generation!

Unternehmertum ist untrennbar mit Wettbewerb verbunden. Wettbewerb ist ein Entdeckungsverfahren für bessere und innovativere Lösungen. Unternehmer sichern durch ständigen Wettbewerb die Innovationskraft ihres Landes. Durch Wettbewerb und Innovationen schaffen sie Arbeitsplätze mit attraktivem Lohnniveau und sichern damit auch die Kaufkraft unserer Bevölkerung. Wir brauchen das innovative Unternehmertum!

Diese Haltung wollen wir fördern und werden wir fördern. An den Schulen, Fachhochschulen und Universitäten. Unsere Politik steht für diese Kultur: Veränderung als Chance; Chancen, die der Einzelne ergreifen kann; Chancen, die die Politik ermöglichen muss.

Hohes Haus!

Österreich kann stolz sein auf seine Unternehmen!

Ich denke, es ist uns allen bewusst, dass die Klein- und Mittelbetriebe das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft darstellen. Auf sie entfallen 99,5% der Unternehmen des Produktions- und Dienstleistungsbereichs. Es sind die Klein- und Mittelbetriebe, die rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze sichern, sie erwirtschaften 60% der Wertschöpfung und einen großen Teil des Ertragsteueraufkommens.

Unsere industriellen Betriebe wiederum sind die Leistungsträger im Export und bei den Direktinvestitionen im Ausland. Österreich erwirtschaftet mittlerweile 53% seines Sozialproduktes aus dem Export; eine Million Arbeitsplätze hängen direkt, eine weitere Million indirekt vom Export ab. Der Exportförderung kommt im Rahmen der Standortpolitik daher auch weiterhin große Bedeutung zu. Mit aller Konsequenz wollen wir diesen gerade für eine kleine, offene Volkswirtschaft erfolgreichen Weg fortsetzen. Die Haftungen der Republik für die Ausfuhrförderung betragen zur Zeit mehr als 48 Mrd. Euro; wir haben in den Budgets 2003 und 2004 jeweils 25 Mio. Euro für eine weitere Exportoffensive dotiert und werden sie gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich umsetzen. So können wir Arbeitsplätze nachhaltig sichern!

Diese Erfolge im Export haben auch viel mit der unmittelbar bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union zu tun. Es war immer die klare Strategie dieser Regierung, Österreich als Brückenkopf zu den mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten zu etablieren. Österreichs Unternehmer haben diese Brücke genutzt. Das hat sich ausgezahlt, davon profitieren wir bereits jetzt: durch höheren Export, durch mehr Direktinvestitionen, durch mehr Beschäftigung und mehr Wachstum.

Über diese wirtschaftlichen Vorteile für beide Seiten hinaus ist die Erweiterung für den Kontinent ein wirklich historischer Moment. Unser Land rückt von einer Randlage in das Zentrum Europas.

Ein visionäres Konzept mit der ungeheuren Kraft eines vereinigten und friedlichen Europa wird Wirklichkeit. Viele gute Gründe um die neuen Mitgliedstaaten mit großer Begeisterung in der Union willkommen zu heißen.

Privat ist besser als der Staat! Privatisierung sichert Arbeitsplätze!

Hohes Haus!

Der Staat ist ein schlechter Unternehmer. Das hat die Geschichte der verstaatlichten Industrie gezeigt. Uns allen sollte noch gut in Erinnerung sein, wie hier das Geld des Steuerzahlers vernichtet wurde. Wir haben daher bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein klares Bekenntnis zur Privatisierung von staatlichen Unternehmen abgegeben und erfolgreiche Privatisierungsschritte durchgeführt.

Bei meinem Amtsantritt im Jahre 2000 betrug der Schuldenstand der ÖIAG mehr als 6 Mrd. Euro. Die daraus entstehende Zinsbelastung konnte von der ÖIAG nicht vollständig getragen werden und musste daher durch Privatisierungserlöse gedeckt werden. Heute beträgt der Schuldenstand etwa 2 Mrd. Euro. Die ÖIAG ist nun in der Lage, neben der Bedienung ihres Zinsendienstes auch noch Dividenden an das Budget auszuschütten: immerhin 200 Mio. Euro heuer und 100 Mio. Euro im Jahr 2004!

Wir haben die ÖIAG saniert! Das ist erfolgreiche Privatisierungspolitik, von der nicht nur der Eigentümer, die Unternehmen selbst und deren Mitarbeiter, sondern auch die vielen österreichischen Kleinaktionäre profitieren konnten. Diese Politik setzen wir fort.

Unser Privatisierungsprogramm für diese Legislaturperiode ist ambitioniert. Die Ziele sind klar. Wir werden im österreichischen Interesse privatisieren. Die Firmenzentralen und Forschungseinrichtungen sollen in Österreich bleiben und der Kapitalmarkt gestärkt werden. Gegen Ende dieser Legislaturperiode werden wir die ÖIAG auflösen und ein weithin sichtbares Zeichen für das Ende der Ära der verstaatlichten Industrie in Österreich setzen.

Die größte Steuerreform der 2. Republik! Leistung muss sich wieder lohnen!

Hohes Haus!

Die Steuer- und Abgabenbelastung der österreichischen Unternehmen und Erwerbstätigen ist mit 44,6% des Bruttoinlandsprodukts deutlich zu hoch. Das müssen wir ändern!

Hohe Steuern sind ein Zeichen des Wohlfahrtsstaates alter Prägung. Wir aber wollen die Verfügungsgewalt der Menschen über ihr erarbeitetes Geld wieder erhöhen. Wir wollen die Zwangsbeglückung mit öffentlichen Gütern auf das zurückführen, was in einer modernen und solidarischen Gesellschaft notwendig ist. Darum: Steuern senken heißt Freiheit schenken!

Hohe Steuern führen in einer globalisierten Welt zu Standortnachteilen. Unternehmen investieren dort, wo die Kostenbelastung gering ist. Hochqualifizierte, mobile Arbeitskräfte suchen dort Beschäftigung, wo ihre Leistungen und Verdienstmöglichkeiten nicht durch hohe Grenzsteuersätze beeinträchtigt werden. Auch im Steuerwettbewerb siegen die Schnellen und Guten über die Langsamen und Konzeptlosen!

Unser Motto ist daher: Leistung muss sich wieder lohnen! Wir müssen den Menschen neue Perspektiven aufmachen, neue Chancen geben. Wir müssen Signale setzen: Es zahlt sich aus in Österreich zu investieren. Einsatz und Leistungsbereitschaft zahlen sich aus. Menschen müssen wissen, wofür sie arbeiten! Es muss größere Anreize geben. Wir müssen eine neue und faire Verteilung von Steuern und Einkommen schaffen. Es muss den Menschen mehr übrigbleiben in ihren Brieftaschen! Das ist unser Ziel!

Wenn wir das erreichen wollen, dann braucht es eine Systemveränderung, dann geht es nicht um kleine kosmetische Eingriffe ins bestehende System, nein, ein großer Wurf ist notwendig. Es geht um eine mittelfristige Konzeption großer, nachhaltiger, aber auch leistbarer Entlastung. Es geht nicht um die Fortsetzung des alten Wechselspiels, heute Sparpaket, morgen Steuerreform und übermorgen wieder Sparpaket. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, sich verlassen können, dass wir diese große Entlastung in mehreren Schritten ganz konsequent, Schritt für Schritt, erreichen werden.

Diese Entlastung ist ungeheuer wichtig für die Zukunft unseres Landes, denn sie wird

- unsere Standortattraktivität für Investitionen verbessern,
- die Kosten des Faktors Arbeit senken,
- umweltschonende Anreize geben,

- die Eigenkapitalbasis der Betriebe verbessern,
- das Steuersystem vereinfachen und
- unser Wachstumspotential erhöhen.

Nicht mehr und nicht weniger als die größte Entlastung in der Geschichte der 2. Republik werden wir daher verwirklichen!

Meine Damen und Herren! Wir senken die Steuern und Abgaben in zwei Schritten um 3 Mrd. Euro und werden diesen Weg fortsetzen bis wir 2010 eine Abgabenquote von 40% des BIP erreicht haben. Wir wollen damit bereits in dieser Legislaturperiode jedem Haushalt in Österreich im Durchschnitt 1.000 Euro pro Jahr mehr an Kaufkraft geben. Dabei werden wir unsere Politik des ausgeglichenen Haushalts über den Konjunkturzyklus beibehalten. Ein sehr ehrgeiziger Weg. Wir werden ihn aber realisieren! Wir bekennen uns dazu!

Die größte Steuerreform der Zweiten Republik wird nicht irgendwann in der Zukunft umgesetzt, sondern wir beginnen jetzt! Der erste Schritt ist bereits Bestandteil unserer Budgetbegleitgesetze und wird mit 1. Jänner 2004 in Kraft treten.

Besonders wichtig ist uns dabei die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Steuerpflichtige mit einem Brutto-Jahreseinkommen von bis zu 14.500 Euro werden in Zukunft keine Steuern mehr bezahlen müssen. Damit werden etwa 200.000 Österreicherinnen und Österreicher, die heute noch Steuern bezahlen, morgen jeden Euro ihres Einkommens behalten können. Mehr als 1.650.000 Arbeitnehmer, 730.000 Pensionisten, 60.000 Selbständige und Bauern, also in Summe mehr als 2,4 Mio. Österreicherinnen und Österreicher werden von dieser Maßnahme profitieren. Das erhöht die Kaufkraft vieler, vor allem aber kleinerer Einkommen und stützt die Wirtschaft zum richtigen Zeitpunkt.

Ausreichendes Eigenkapital ist der Schlüssel und Voraussetzung für eine neue Dynamik und Offensive unserer Klein- und Mittelbetriebe.

Eigenkapitalmangel ist nach wie vor die Insolvenzursache Nummer 1 bei vielen Betrieben. Gleichzeitig ist eine ausreichende Eigenkapitalausstattung Grundvoraussetzung für rasches Unternehmenswachstum und mehr Beschäftigung. Eigenkapital ist bisher gegenüber Fremdkapital diskriminiert. Dies hat auch zu einer unterdurchschnittlichen Eigenkapitalausstattung unserer Wirtschaft geführt.

Meine Damen und Herren, wir schlagen daher vor, erstmals ab 1. Jänner 2004 nicht-entnommene Gewinne in Österreich zum halben Durchschnittsteuersatz zu besteuern. Davon

werden mehr als 200.000 Einzelunternehmer und Personengesellschaften profitieren. Das ist die massivste Eigenkapitalförderungsmaßnahme, die es bislang in Österreich gegeben hat. Sie wird Verbesserungen des ausgewiesenen Eigenkapitals von bis zu 10 % in nur 5 Jahren ermöglichen. Damit stärken wir die Krisenfestigkeit dieser Unternehmen, erhöhen ihre Bereitschaft zu investieren und lösen einen Wachstumsschub aus. Wir wollen Arbeitsplätze schaffen, und stärken so die Wirtschaft zum richtigen Zeitpunkt!

Auch in Österreich hat das Jahr nur 12 Monate. Ich habe es immer für völlig unververtretbar gehalten, dass Finanzminister nur um ihre Budgets kosmetisch zu verschönen, der Wirtschaft eine 13. Umsatzsteuervorauszahlung abverlangt haben. Das war eine gewaltige Belastung der Liquidität der Wirtschaft mit immerhin 1,7 Mrd. Euro. Wir haben mehrfach angekündigt, dass wir diese Ungerechtigkeit abschaffen werden. Ich bin daher sehr glücklich, dass - wenn sie unserem Vorschlag folgen - im Dezember 2002 diese 13. Umsatzsteuervorauszahlung das letzte Mal geleistet wurde. Schon heuer soll es also diese 13. Umsatzsteuervorauszahlung nicht mehr geben! Wir stärken die Wirtschaft zum richtigen Zeitpunkt!

Schon lange Zeit reden wir über eine Ökologisierung unseres Steuersystems. Wir setzen sie um. Im europäischen Gleichklang beginnen wir mit einer Erhöhung der Besteuerung des Energieverbrauchs. Gleichzeitig senken wir die Lohnnebenkosten für ältere Arbeitnehmer. Das gibt wichtige Anreize für deren Beschäftigung. Die Belastung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und die Entlastung der menschlichen Arbeitskraft schaffen Arbeitsplätze und entsprechen den ökosozialen Zielen der Europäischen Union. Sie sehen – Ökologie ist uns sehr wichtig!

Hohes Haus!

Diese erste Etappe der Steuerreform wird ein Volumen von etwa 950 Mio. Euro bewegen und zu einer Nettoentlastung von 500 Mio. Euro führen. Zusammen mit den beiden Konjunkturbelebungsprogrammen belaufen sich die Entlastungseffekte sogar auf 1 Mrd. Euro. Das sind substantielle erste Schritte. Die Entlastung kommt! Informieren wir die Bevölkerung! Umfassend und gemeinsam! Das sind wichtige Impulse, um die Stimmung zu heben. So stärken wir die Wirtschaft und tragen zur Erhöhung der Beschäftigung bei.

Nach den sicher umfassenden Diskussionen und Beschlüssen zu den Bundesvoranschlägen 2003 und 2004 und zu den jeweiligen Budgetbegleitgesetzen werden wir den nächsten Entlastungsschritt erarbeiten. Die mit 1. Jänner 2005 in Kraft tretende zweite, große Etappe der Steuerreform wird ein Netto-Entlastungsvolumen von 2,5 Mrd. Euro bringen.

- Eine „große“ Tarifreform bei der Einkommensteuer bzw Lohnsteuer wird deutliche Entlastungen für alle Erwerbstätigen bringen.
- Wir werden die nächsten großen Reformen in der Unternehmensbesteuerung umsetzen. Eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes um mindestens 3 %-Punkte ist notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Österreich für die nächsten Jahre zu gewährleisten.
- die Fortsetzung der Ökologisierung des Steuersystems bei gleichzeitiger Kompensation durch Lohnnebenkostensenkungen sowie
- massive Vereinfachungen des sehr komplexen Steuersystems stehen auf der Reformagenda.

Diese Steuerreform wird Österreich Flügel verleihen. Sie wird den privaten Konsum beflügeln. Sie wird die Investitionen beflügeln, sie wird das Innovations- und Wachstumstempo unserer Wirtschaft beflügeln. Wir wollen die notwendige Entlastung gerecht und nachhaltig umsetzen. Für eine gute und sichere Zukunft Österreichs.

Erfolgsmodell Österreich – Solide Finanzpolitik, Wachstum erhöhen und Steuern senken!

Hohes Haus!

Die Wachstumsschwäche der Vergangenheit muss überwunden werden. Daher wollen wir:

Erstens: einen ausgeglichenen Staatshaushalt über den Konjunkturzyklus. Hohe Schulden ersticken die Dynamik der Wirtschaft, Schuldenabbau und sparsames Wirtschaften befreien uns. Österreich hat den Kurswechsel geschafft, er wird uns neue Handlungsspielräume eröffnen.

Zweitens: Das Wachstum erhöhen, in die Zukunft investieren! Österreich gibt mehr Geld aus für Bildung, Forschung und Infrastruktur als je zuvor. Dadurch werden wir unsere Innovationskraft stärken, unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern und unser Wachstumspotential erhöhen.

Drittens: Weitere Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und flexiblere Rahmenbedingungen auf den Märkten stärken privates Unternehmertum und den Wettbewerb und erhöhen die Standortattraktivität. Das fördert Investitionen und bringt Beschäftigung!

Viertens: Steuern senken! Das gibt den Bürgern mehr Kaufkraft, erhöht die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, fördert die Eigenkapitalstärkung und ermöglicht Innovations- und Forschungsrisiken zu übernehmen. Sie ist der Schlüssel zu einer Neubelebung der Wirtschaft und bringt breiten Bevölkerungsschichten mehr Wohlstand.

Fünftens: Unsere Politik zielt ab auf bessere Chancen für die Jugend, auf mehr Unterstützung für die Familie, auf bessere Absicherung der wirklich Bedürftigen und der Behinderten, auf höhere Fairness zwischen den Generationen und damit insgesamt auf mehr soziale Gerechtigkeit. Dadurch stärken wir die soziale Verantwortung und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.

Hohes Haus!

Das sind die Eckpfeiler unseres österreichischen Erfolgsmodells. Mit diesem wirtschaftspolitischen Programm und dem heute vorgelegten Doppelbudget lernen wir aus der Vergangenheit, agieren in der Gegenwart und sichern die Zukunft Österreichs, nachhaltig und sozial gerecht.

Ich bitte sie um ihre Unterstützung und lade sie ein, diesen Weg gemeinsam für Österreich zu gehen!